

MARS-TV SENDET ZUM THEMA MILITÄR

Militarismus stoppen **Ein Fernsehteam vom Planeten Mars machte sich in der Flensburger Innenstadt auf die Suche nach kompetenten Interviewpartner_innen zum Thema Militarismus und Bundeswehr. Im Besonderen ging es der Frage nach, wie denn die Bewohner_innen der Küstenstadt zur Äußerung des Kriegsministers stünden, Deutschland führe Wirtschaftskriege und das sei auch gut so. Ernüchtert musste die Moderation feststellen, dass viele Menschen von diesen Äußerungen nichts mitbekommen hatten. Konkret darauf angesprochen, was sie denn nun dazu sagen würden, verneinten die allermeisten Menschen jedoch zumindest persönliche Begeisterung für Wirtschaftskriege. Sonderbar war auch, dass die Erdlinge ständig auf sog. Verantwortliche verweisen. Die Befragung dieser ergab: Pazifismus bedeutet nicht, gegen jeden Krieg zu sein und mit Kunduz hatte die Bundeswehr nichts zu tun.**

„Wir haben keinen Kriegsminister, nur einen Verteidigungsminister?“

Während der Interviews verwiesen auffällig viele Erdlinge auf einen alleine stehenden Sonderling in merkwürdig blauen Klamotten und sonderbar altmodischer Mütze, der offensichtlich mit einer Spendendose ausgestattet, Geld zur Unterstützung eines „Volksbundes deutsche Kriegsgräberfürsorge“ sammelte. Der freundliche Militärangehörige erklärte, Wirtschaftskriege seien gar keine Kriege sondern mehr so etwas wie Diskussionen um Rohstoffpreise. Auf das Massaker von Kunduz angesprochen und ob das so die Art von humanitären Diskussionen sei, an die er da denke, verneinte er schlicht jede deutsche Beteiligung daran. „Damit hatte die Bundeswehr nichts zu tun!“ Und außerdem: „Wir haben keinen Kriegsminister, nur einen Verteidigungsminister.“

Militäreinsätze trotz pazifistischer Grundwerte?

Auf der Suche nach weiteren Kompetenzwundern wie diesem ersten, traf das Journalist_innenteam vom Mars auf einen Wahlwerbbestand der Grünen. In Flensburg läuft anscheinend gerade ein „Bürgermeisterwahl“ genanntes Akzeptanzbeschaffungsspektakel für Herrschaft. Dafür scheint es wichtig zu sein, dass die sog. Kandidaten in der Fußgängerzone stehen, bunte Poster mit großen Bildern ohne Inhalt aufstellen, und genauso inhaltsleere Flyer mit vielen bunten Bildern verteilen. Doch die



Hoffnung, endlich kompetente Interviewpartner_Innen zu finden, wurde erneut enttäuscht. Zur Vorbereitung des Interviews suchte die Redaktion auf dem Mars schnell in Echtzeit ein Parteiprogramm der Grünen heraus. Aus Zeitgründen musste eins von 1998 reichen... und dort findet sich auch das Bekenntnis der Partei zum Pazifismus (*1) „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab“. Gleichzeitig ergab die Recherche aber ein für die Marsbewohner_innen verstörendes Moment: Bereits ein Jahr später ließ eine Regierung der Grünen Partei ein anderes Land bombardieren. Auf diesen Umstand angesprochen, erklärte der interviewte Herr von der Grünen Partei dem staunenden Moderator, dass Pazifismus nicht bedeute, gegen Krieg zu sein: „Pazifistische Grundwerte bedeuten ja nun nicht, gegen jeden Militäreinsatz zu sein!“ Und dass außerdem Parteiprogramme ohnehin nicht unbedingt etwas mit der Politik einer Partei zu haben müssten. Warum er selber, wo er doch

gegen Krieg sei, nun Werbung für eine Partei mache, die Krieg nicht ablehne, konnte leider nicht erklärt werden.

„Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen werden gehängt!“

Auffällig war die Tatsache, dass die meisten befragten Erdlinge sich ablehnend zu den Kriegsbeteiligungen ihres Militärs äußerten. Deshalb sorgte es auch für Verwirrung, als das Mars-TV-Team ihnen ein Hologramm eines durch die Redaktion abgefangenen Flugblattes zeigte, das darauf hinweist, dass am Mittwoch, 17.11. und Freitag, 19.

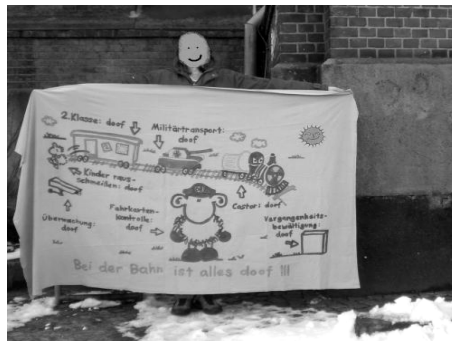
11. eine junge Frau vor dem Landgericht verurteilt werden soll, weil sie genau diese Position vertrat. Um ihren Protest zu verdeutlichen, hatte sie sich 2008 vor einem Militärtransport an die Gleise gekettet. Und dies scheint laut Erdengesetzen verboten zu sein, auch wenn keiner

der Interviewten das irgendwie schlimm fand. Sie reagierten auf diese Info u.a. mit sonderbaren Aussprüchen wie: „Mal wieder typisch: Die Großen lässt man laufen, und die Kleinen werden gehängt!“. Wer den Sinn dieses Codes dechiffrieren kann, möge sich bitte für den nächsten Sendetermin am Mittwoch, 17.11. ab 9:00 Uhr am Landgericht Flensburg einfinden...

(*1) Quelle:

Programm zur Bundestagswahl 98 „Grün ist der Wechsel“ Bündnis 90/Die Grünen, 1998, Seite 135: „Militärische Friedenserzwingung und Kampfeinsätze lehnen wir ab“.

Grün wirkt. Unser Wahlprogramm 2002-2006, Bündnis 90/Die Grünen, Präambel, Seite 7: „Wir verbinden Ökologie, Selbstbestimmung, erweiterte Gerechtigkeit und lebendige Demokratie. Mit gleicher Intensität treten wir ein für Gewaltfreiheit und Menschenrechte“. (Zitiert aus: H.Thoroe, „Herrschaftskritik“, Seitenhieb-Verlag 2010. Der Autor kommentiert dort: „In Bezug auf Gewaltfreiheit ließe sich mit etwas Zynismus aus der Floskel „mit gleicher Intensität“ ableiten, dass die Grünen alle ihre Ziele mit gar keiner Intensität vertreten.“ S.162)



90 Tagessätze für antimilitaristische Gleisblockade

egal **Nach nur zwei Verhandlungstagen verwarf das Landgericht Flensburg in Sachen "Antimilitaristischer Gleisblockade" die durch die Verteidigung nach der ersten Instanz eingelegte Berufung. Die angeklagte Aktivistin hatte sich im Februar 2008 in Ohrstedt, Nordfriesland an die Gleise gekettet, um ihren Protest gegen die deutschen Militärs und deren Auslandseinsätze zu verdeutlichen. Ein Militärtransport verzögerte sich damals um mehrere Stunden. Das Landgericht verurteilte die von "containertem Essen" lebende Angeklagte nun zu einer Geldstrafe von 90 Tagessätzen à 15 Euro. Die Verurteilung war bereits am letzten Prozesstag absehbar gewesen, weil Richter Grisée es für unproblematisch befand, das an der Urteilsfindung ein Militär der Streitkräftebasis als Schöffe beteiligt war.**

Im Februar 2008 stoppte eine Gruppe junger Friedensaktivist_innen einen Transportzug der Bundeswehr auf dem Weg zu einem Manöver der Nato Response Force. Die NRF ist eine multinationale 18.000 Soldaten starke Eingreiftruppe der Nato, die im Zweifelsfall auch mit Angriffskriegen den Zugang der NATO-Staaten zu Märkten und Rohstoffen sicherstellen soll. Aus Deutschland sind daran regelmäßig u.a. das Luftabwehrraketengeschwader 1 aus Husum beteiligt. "Krieg fängt mit Üben an - jede Vorbereitung dafür ist essentieller Teil der Kriegseinsätze, die ich ablehne" so eine der beteiligten Aktivistinnen. Die heute 25 jährige stand nun in Flensburg vor Gericht, weil ihre Ankettaktion in erster Instanz als Störung öffentlicher Betriebe und Nötigung gewertet worden war. Bereits im Frühjahr hatte das Amtsgericht Husum den Fall verhandelt und in einem skandalösen Urteil 120 Tagessätze gegen sie verhängt. In der Berufung vor dem Landgericht in Flensburg reduzierte Richter Grisée lediglich die Höhe der Strafe auf 90 Tagessätze.

Trotz widersprüchlicher und sehr komplexer höchstinstanzlicher Entscheidungen zu dem Themenkomplex "Ankettaktionen und Versammlungsrecht" lehnte der Richter die

Beordnung eines Pflichtverteidigers ab. Es schien, als ginge es ihm schlicht darum, die Sache möglichst schnell vom Tisch zu kriegen. "Hier zeigt sich wieder einmal, dass Gerichte das Militär schützen, ohne die eigene Rolle kritisch zu reflektieren. Wer Antimilitaristinnen verurteilt, ist mitverantwortlich für die Kriege der Bundeswehr", so ein Prozessbeobachter.

In den Zeugenaussagen offenbarte sich erneut das mangelnde Wissen der Polizei zu Versammlungen. "Nein, die Anwendung des Versammlungsrechts haben wir

nie in Betracht gezogen." gab z.B. die zuständige Beamtin der Landespolizei an, obwohl sie Banner mit Forderungen gesehen hatte, und sich auch an die Anrede: "Dies ist eine gewaltfreie Demonstration" erinnern konnte. "Man sieht hier ganz deutlich, dass Bürgerrechte das Papier, auf dem sie gedruckt werden nicht wert sind, da die Polizei sie nicht einmal kennt" sagte Jan Hansen, Prozessbeobachter von der Initiative militarismus-jetzt-stoppen.

Auch die Aussagenabsprache zwischen Lokführer und Rangierleiter lief nicht so





reibungslos wie in der ersten Instanz. Damals hatte die beiden eine sonderbare Story aufgetischt, um das peinliche Detail, dass sie Notsignale einfach ignorierten, aus der Welt zu schaffen. In der ersten Fassung des Polizeiberichtes der Nacht schreibt ein Bundespolizist, wie er mit dem Rangierleiter gesprochen habe, und dieser beschreibe, wie sie auf dem Weg vom Depot zur ca. 3 km entfernten Weiche während der Fahrt einen Knall an den Gleisen vernommen hätten, Fackeln am Gleisbett überfahren hätten, und Lichtsignale ignorierten, weil sie es für einen "Schabernack" hielten. Die Geschichte der Beiden hatte diesmal deutliche Widersprüche. So widersprachen die beiden sich u.a. in der Anzahl und in der Dauer der angeblich zur Gefahrenabwehr eingeleiteten Stopps.

Die Justizwachtmeisterei, die sich während des vorangegangenen Verhandlungstags zurückhaltend verhalten hatte, durfte die Härte der Eingangskontrollen zum Urteil noch einmal deutlich anziehen. "Daran zeigt sich, dass diese Kontrollen

nicht einer angeblichen Sicherheit dienen, sondern die TeilnehmerInnen einschüchtern sollen!" sagte eine Prozessbeobachterin.

Die Verurteilte prüft nun weitere Rechtsmittel. "Ich bin nicht überrascht ob der Verurteilung, denn das Gericht war von Beginn an befangen. Einer der Schöffengerichter ist sogar selbst bei der Bundeswehr, wurde aber trotz Ablehnungsantrag nicht ausgetauscht. Außerdem zeigte der vorsitzende Richter keinerlei Interesse für entlastende Argumentationsstränge und verwies mehrmals gelangweilt auf die nächsthöhere Instanz, die das ja dann entscheiden könne" so die Angeklagte. "Das Versammlungsrecht scheint für Herrn Grisée eher eine lästige Pflicht als ein zu schützendes Grundrecht darzustellen".

Die Prozesse waren begleitet worden von solidarischen Transparentaktionen vor dem Gericht und Straßentheater in der

Innenstadt.

Außerdem gingen bei Gericht zahlreiche Protestfaxe ein, die die Befangtheit des Militärschöffen kritisierten. "Ich freue mich über die Solidarität, denn ich merke: Selbst wenn nur wenig Leute bis nach Flensburg fahren, um bei den Prozessen dabei zu sein, so sind sie doch im Kopf dabei - das gibt mir Mut, weiterhin radikal Stellung zu beziehen."

Weitere Prozesse werden folgen: Die anderen Aktionsbeteiligten sind wegen Beihilfe angeklagt und außerdem stehen noch zivilrechtliche Auseinandersetzungen mit der NOB und der Bahn an, die Schadenersatzansprüche geltend machen.

Mehr zum Thema

Der erste Verhandlungstag der Berufung:

http://www.husuma.dragseths-gasthof.de/index.php?aktion=thema_anzeigen&print=&menue_id=188

Willhelm I. und militaristische Symbole im Landgericht:

http://www.husuma.dragseths-gasthof.de/index.php?aktion=thema_anzeigen&print=&menue_id=167

Die erste Instanz in Husum:

http://www.husuma.dragseths-gasthof.de/index.php?aktion=thema_anzeigen&print=&menue_id=183

<http://www.militarismus-jetzt-stoppen.de.vu/>

